



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER: DER AKTUELLE STAND

Algirdas Šemeta, der EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, hat Medienberichten widersprochen, denen zufolge die Finanztransaktionssteuer (FTS) „abgespeckt“ werden sollte. Zuletzt war zudem bekannt geworden, dass der Finanzminister Baden-Württembergs, Nils Schmid, in einem Brief an Bundesfinanzminister Schäuble vor den negativen Auswirkungen der FTS für die Realwirtschaft, die öffentlichen und privaten Haushalte sowie die Liquiditätsversorgung der Kreditinstitute gewarnt hatte. Dennoch ist eine Festlegung auf Inhalte oder Ausnahmen bisher nicht erfolgt. Vielmehr werden derzeit die einzelnen Regelungen in der Ratsarbeitsgruppe diskutiert und beraten. Im Fokus stehen unter anderem die Auswirkungen der FTS auf das Repo-Geschäft, Altersvorsorgeprodukte, die Realwirtschaft und Staatsanleihen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

GRUNDERWERBSTEUER: ÄNDERUNGEN DURCH DAS AMTSHILFERICHTLINIE-UMSETZUNGSGESETZ BEI RETT-BLOCKER-STRUKTUREN UND UMSTRUKTURIERUNGEN IM KONZERN

1. Beschränkung von RETT-Blocker-Strukturen

Ziel von Real Estate Transfer Tax-Blocker-Strukturen war die Vermeidung von Grunderwerbsteuer bei Veräußerung von Beteiligungen an Grundstücke haltenden Gesellschaften.

Wollte etwa der bisherige Alleingesellschafter einer Grundstücke haltenden Kapitalgesellschaft seine Gesellschaftsbeteiligung verkaufen, konnte er diesbezüglich folgendermaßen vorgehen: Er übertrug 94,9 % der Kapitalanteile direkt an den Käufer. Die restlichen 5,1 % der Kapitalanteile wurden auf eine Personengesellschaft übertragen, an welcher sich der Käufer zu maximal 94,9 % der Vermögensanteile beteiligte. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften beim Ehegattensplitting drückt die Politik gezwungenermaßen „auf die Tube“. So hat das Kabinett am vergangenen Mittwoch einem neuen Gesetzentwurf zugestimmt, der am heutigen Freitag im Bundestag in 1. Lesung beraten wird. Noch Ende Juni sollen die 2. und 3. Lesung erfolgen. So schnell kann es gehen, wenn der (wenn auch nicht freiwillige) Wille zur Umsetzung besteht. Ob allerdings der Wille zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer besteht, wird sich noch erweisen. Trotz mannigfaltiger Kritik hat EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta verdeutlicht, dass zwar Einwände gegen die geplante Steuer bestünden, ein „Aufweichen“ oder gar Fallenlassen jedoch unbegründet sei. Vielmehr stecke die Ratsarbeitsgruppe mitten in der Diskussion. Diskussionen wird es auch um die in der vergangenen Woche im Rahmen des Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetzes beschlossenen Neuregelungen zur Vermeidung von RETT-Blocker-Strukturen sowie zur Einführung einer Konzernklausel geben. Diese und weitere Themen haben wir in dieser Ausgabe für Sie aufbereitet.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 8

Finanztransaktionssteuer:
Der aktuelle Stand

Grunderwerbsteuer: Änderungen durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz bei RETT-Blocker-Strukturen und Umstrukturierungen im Konzern

BMF: Klarstellung zu Folgeproblemen bei den Regelungen zur kleinen Reform der Organschaft

Finanzausschuss lehnt Gesetzentwurf der Grünen zur Einführung einer Vermögensabgabe ab

BVerfG: Ausschluss eingetragener Lebenspartnerschaften vom Ehegattensplitting ist verfassungswidrig

→ OUTGOING 9 – 12 vom 10.06. bis 14.06.2013

Finanzausschuss zum Gesetz zur Einführung einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung und Änderung des Berufsrechts der Rechtsanwälte, Patentanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

... sowie weitere Ergebnisse

→ STATUS 13 – 24 vom 14.06.2013

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Entscheidung des Bundesrates zum Abbau der kalten Progression

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 25 – 26 vom 17.06. bis 21.06.2013

Bundestag: keine Sitzung,
nächste Sitzungswoche 24. - 28.06.2013

Bundesrat: Umfrage 3/13 des Finanzausschusses nach § 43 Go BR zum Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden – Antrag des Landes Hessen

Stakeholder: 47. Berliner Steuergespräch

BMF: KLARSTELLUNG ZU FOLGEPROBLEMEN BEI DEN REGELUNGEN ZUR KLEINEN REFORM DER ORGANSCHAFT

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hatte sich mit Schreiben vom 19.04.2013 gemeinsam mit anderen Verbänden zu den offenen Punkten im Rahmen der Neuregelung der körperschaftsteuerlichen Organschaft an das Bundesministerium der Finanzen (BMF) gewandt und in diesem Zusammenhang Lösungsalternativen vorgeschlagen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

FINANZAUSSCHUSS LEHNT GESETZENTWURF DER GRÜNEN ZUR EINFÜHRUNG EINER VERMÖGENSABGABE AB

Am 05.06.2013 haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP im Finanzausschuss des Bundestages den Vorstoß von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) zur Einführung einer Vermögensabgabe – erwartungsgemäß – zurückgewiesen. Die von den Fraktionen ausgetauschten Argumente wiederholen die bereits bekannten Standpunkte. Die Grünen hatten im vergangenen Jahr einen Gesetzesvorschlag zur Vermögensabgabe in den Bundestag eingebracht (vgl. Ausgabe 2012.41 des BID Steuerpolitik). Damit ist das Vorhaben der Grünen vorerst gestoppt. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

BVERFG: AUSSCHLUSS EINGETRAGENER LEBENSPARTNERSCHAFTEN VOM EHEGATTENSPLITTING IST VERFASSUNGSWIDRIG

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat mit Beschluss vom 07.05.2013 (Aktz: BVerfG, 2BvR 909/06) entschieden, dass die Ungleichbehandlung von Verheirateten und eingetragenen Lebenspartnern (Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: (...))

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 7](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphäre.eu
www.polisphäre.eu